

Jour fixe vom 19.06.17 – Die deutsche Gewerkschaft (GS 1-17)

Zum Einstieg in die Diskussion ein Zitat zum Selbstverständnis der hiesigen Gewerkschaften:

„Ins Regelwerk eingreifen, Arbeitsbedingungen verbessern – das schaffen wir 1891 und 2016 nur aus einem einzigen Grund: weil wir uns freiwillig zusamm tun und weil wir solidarisch handeln ... Und Solidarität lebt von einer Einsicht, die 1891 genauso gültig war wie heute. Das gute Leben für jeden Einzelnen ist nur möglich, wenn gemeinsam für dieses gute Leben gekämpft und gestritten wird.“ (S. 5) – Es ist doch seltsam, dass diese Institution von sich selbst sagt, dass sie schon seit 120 Jahren für dasselbe da ist.

— *Für die Dauer könnte man ihr vielleicht gratulieren. Bemerkenswert bis skandalös mutet aber an, wenn man sich den Inhalt anschaut, wofür diese Organisation gekämpft und gestritten hat. Der Formulierung über das gute Leben kann man entnehmen, dass es keine Selbstverständlichkeit ist, ein solches zu führen, dass es ohne einen kämpferischen Zusammenschluss sogar eine offene Frage ist.*

Die Gewerkschafter sind auch 2017 immer noch damit beschäftigt sich um die Arbeitsbedingungen zu kümmern, mit denen die Lohnabhängigen zurecht kommen müssen.

— *Wenn die Lage so ist, dass ein gutes Leben ständig in Frage gestellt ist, ist es doch eigenartig, dass es vorgetragen wird in Form eines Appells an diejenigen, die dieses Leben führen. Für die ist es offenbar gar nicht so selbstverständlich, diesen Kampf aufzunehmen. Dafür scheint es den moralischen Appell zusätzlich zu brauchen, aus ihrer Vereinzelung im Zurecht kommen heraustreten. Das wirft ein Licht auf die Wirksamkeit der Arbeit dieses Vereins. Der Widerspruch, in dem sich die Leute befinden, wird nie beseitigt.*

Die Gewerkschaft sieht das anders. Sie entnimmt dem ihre bleibende Wichtigkeit. Die einzelnen konkurrierenden Individuen brauchen diese Institution, die sie zu einem solidarischen Kampf zusammenschließt. Nach Auffassung der Gewerkschaft gelingt dann das gute Leben. Sie beklagt gar nicht, dass es ihr nicht gelungen ist, die Verhältnisse von 1891 zu überwinden. Im Gegenteil: Das, was sie schafft, mit der Solidarität der Arbeitnehmer die Arbeitsbedingungen zu korrigieren, führt angeblich dazu, dass dann das gute Leben gelingt.

— *Aber an dem Appell kann man bemerken, dass sie sich zusammenschließen müssen gegen ihren Gegner. Dass es dafür einen gemeinsamen Wert braucht, wegen dem man sich zusammenschließt, verweist darauf, dass sie sonst keinen Grund kennt, warum man sich zusammenschließen muss. Es herrscht hier kein Klassenbewusstsein unter den Lohnabhängigen, sie sind Konkurrenten, von denen jeder an seinem Arbeitsplatz für sich das Beste herausholen will.*

— *Auf die Art sorgen die Leute für ihr Auskommen. An dieser Stelle am Anfang schon Solidarität als Tugend, als Wert zu besprechen, ist nicht passend. Zunächst wird im Artikel nur daran erinnert, dass die Arbeiter mit Arbeiten allein nicht zu einem Auskommen kommen. Es ist nötig, dass sie sich zusammenschließen und ihr Auskommen auch kämpferisch behaupten.*

Das Einzelkämpferdasein ist da weniger Bewusstseinsfrage als ihre wirkliche Lage.

— *Aber im Artikel heißt es gleich am Anfang, dass die Arbeiter vom Klassegegensatz nichts wissen wollen: „Mit seinem Appell trägt der oberste IG-Metaller der mit Blick auf die Mitgliederstatistik unübersehbaren Tatsache Rechnung, dass die abhängig Beschäftigten in ihrer übergroßen Mehrzahl von ihrem großartigen, in grauer Vorzeit und unter großen Opfern erstrittenen Recht, für die Erträglichkeit der eigenen Lebensbedingungen kollektiv streiten zu dürfen, wenig wissen wollen.“ (S. 5, u.).*

— *Dennoch ist es voreilig, gleich mit dem Moralischen des Appells zu kommen. Die Gewerkschaft erkennt erst einmal eine Gemeinsamkeit. Die, die vom Lohn leben müssen, stehen damit nicht gut da. Deswegen muss man sich zusammenschließen; das können nur „wir als Gewerkschaft tun“ und dazu braucht es eine Einsicht. Damit ist die Gewerkschaft erst einmal der Einspruch gegen das zitierte Einzelkämpfertum.*

Seit 1891 sieht sich die Gewerkschaft immer wieder darauf gestoßen, dass man vom Lohn nicht leben kann, dass man eine Auseinandersetzung darum anzetteln muss, inwieweit das gelingt (damit das überhaupt gelingt). Andererseits ist das ein Widerspruch dazu, dass behauptet wird, wenn man sich um einen Gewerkschaftskampf kümmert, dann ist ein gutes Leben möglich. Also dauernd und aufs Neue das gute Leben gefährdet zu wissen und gleichzeitig zu behaupten, ein gutes Leben wäre möglich.

Das ist in dieser Hinsicht die Härte der gewerkschaftlichen Agitation: Sie ruft einerseits dazu auf, sich zeitweise aufzustellen und das Dasein als Lohnarbeiter aufzukündigen. Gleichzeitig ist die Perspektive eingeschlossen, wieder zum Ausgangspunkt zurückzukehren, die Existenz als Einzelkämpfer wieder aufzunehmen. Das ist der Widerspruch, zu sagen, dass man einerseits nicht darum herum kommt, einen Kampf immer wieder aufs Neue zu führen und gleichzeitig zu behaupten, dann kommt das gute Leben dabei raus. Und kaum ist das gute Leben erreicht, gibt es in

absehbarer Zeit erneut etwas dagegen zu tun, damit sich die Bedingungen nicht verschlechtern.

— *Die Agitation dafür, dass Solidarität aus materiellen Gründen nötig sein soll, steht in dem ersten Satz des Zitats und heißt, dass mit dem Kampf ein gutes Leben möglich ist. Das ist ein Widerspruch dazu, dass der gewerkschaftliche Kampf beständig bemüht ist, vom Kapital verschlechterte Arbeitsbedingungen zu korrigieren. Die Gewerkschaft feiert damit gleichzeitig das, was sie mit diesem Kampf erreicht. Es ist hier schon die Parteilichkeit ausgesprochen, die anschließend folgt.*

An diesem Zitat all das aufhängen wollen – den Grundwiderspruch, den Fehler der Gewerkschaft, das Bemühen um Korrektur von Arbeitsbedingungen, die das Kapital nach seinen Kalkulationen setzt, einschließlich eines unverschämten Selbstbewusstseins, dass das auch noch möglich wäre – ist ein Irrweg. Warum hat denn der Artikel vierzehn Seiten?

— *Das Zitat soll nicht heißen, dass die Arbeitnehmer das von Natur aus nicht einsehen würden. Die Argumentationskette heißt: Die Gewerkschaften wollen eine Mobilisierungsbereitschaft. Dafür haben sie eine Streikkasse. Zweitens haben sie ein Ziel, das nur vage einen Vorteil bringt.*

Die Gewerkschaft lamentiert hier nicht über ihre Klientel, sie sei zu wenig streikbereit. Sie setzt sich dagegen zu ihren Leuten ins Verhältnis: Sie unterstreicht, dass die Verhältnisse beschissen sind, wenn man sich nicht beständig darum kümmert. Deswegen fordert sie die Leute immer wieder dazu auf, dass sie sich zusammenschließen sollen und dagegen etwas tun. Damit stößt sie auf Leute, die Lohnarbeit betreiben und dabei nicht an Streik denken. Deswegen der Aufruf, dass ein besseres Leben möglich ist, wenn man sich darum kümmert.

— *Wenn das Zitat losgeht damit „Ins Regelwerk eingreifen ...“ verstehe ich das so, dass die Gewerkschaft sich als Teil dieses Regelwerks versteht. Damit ist jeder Gedanke an einen Kampf um die Überwindung der Lohnarbeit weg. Der Eingriff in das Regelwerk unterstellt und akzeptiert dann die Bedingung, dass es immer eine Lohnarbeit gibt, Dienstbarkeit, gerechten Lohn, etc., alles was im Folgenden ausgeführt wird. Mit dieser Rede vom Eingriff ins Regelwerk ist die Stellung der Gewerkschaft ausgedrückt, die sie sich in den über hundert Jahren erarbeitet hat: Tarifpartner, Verhandlungspartner, der manchmal das Regelwerk stört.*

— *Hier liegt nicht die Betonung darauf, die Gewerkschaft ihrer Parteilichkeit für den Kapitalismus zu überführen. Hier wird erstmal gesagt, dass die Gewerkschaft sich sogar gegen die konkurrierende Arbeiterklasse richtet mit der Einsicht, dass es für die Lohnarbeiter notwendig ist, gegen die andere Klasse einen gemeinsamen Kampf zu führen, dass es nicht anders geht, wenn man als Lohnarbeiter existieren will. Das setzt sie gegen das Bewusstsein der Arbeiterklasse – mit dem bereits gesagten Widerspruch.*

Das muss man für sich würdigen, sonst ist man mit dem Artikel fertig, bevor er angefangen hat. Der Gewerkschafts-Artikel ist ein Teil einer übergreifenden Artikelfolge: Diese Republik strotzt vor Erfolg und Begeisterung über 'Merkels Land', und in dieser Republik gibt es eine Institution, die sagt: So geht das alles nicht – jedenfalls nicht ohne uns. Wenn es uns nicht gibt, dann kommen die, die wir vertreten unter die Räder. Das passiert notwendigerweise, wenn die als Einzelkämpfer ihr Leben bestreiten wollen. Die Gewerkschaft ist ein organisierter Einspruch dagegen. (Das schließt das Bewusstsein dieser Einzelkämpfer ein.) Diese Würdigung ist deswegen wichtig, weil sonst ist es bloß das Abwinken, dass die Gewerkschaft gegen die Verhältnisse nichts macht. Die Gewerkschaft sagt, dass sie in dieses System eingreifen will. Es wäre ungerecht, daraus nur abzuleiten: Wer ins Regelwerk eingreifen will, will es nicht abschaffen.

Die Gewerkschaft ist ein Einspruch gegen den Konkurrenzstandpunkt ihrer Klientel. Dass sie unbeliebt ist in ihrer eigenen Klasse, wirft man der Gewerkschaft besser nicht vor. Vorzuwerfen ist ihr, was sie daraus macht, welche Perspektive sie dem verleiht. Das kommt im Folgenden. Es gibt keine andere Form von proletarischem Klassenbewusstsein als das der Gewerkschaft: ein dauerndes Kampfprogramm dieses Vereins. Wie sie das mit Inhalt füllt, welche Perspektive sich daraus ergibt, ist für sich zu kritisieren.

*

Was ist das Erste, was dem Artikel an der 'guten Arbeit' auffällt?

— *Die Löhne werden je nach Branche unterschiedlich ausgehandelt. Daran merkt man, dass die Forderungen der Gewerkschaft nicht daran Maß nehmen, was die Leute brauchen. Die Einteilungen, die die Kapitaleseite vornimmt, nimmt die Gewerkschaft zum selbstverständlichen Ausgangspunkt.*

Der selbstverständliche Ausgangspunkt wird im Artikel „vielfältige Tariflandschaft“ genannt. Gerechter Lohn ist in verschiedenen Branchen und je nach Hierarchie etwas ganz Verschiedenes. Für verschiedene Branchen führt die Gewerkschaft auch ganz unterschiedliche Gesichtspunkte an. Das soll alles nebeneinander gelten. Aus dieser Vielfalt entsteht nicht die „eine gute Arbeit“, sondern je nach Arbeitsplatz, ist gute Arbeit etwas sehr Verschiedenes. Eine Gemeinsamkeit kennt sie aber: Es soll die eigene Leistung der Lohnarbeiter sein, die immer Verschiedenes hervorbringt.

— Die objektive Lage ist: alle sind sie abhängig von einem Lohn. Über den Lohn wird von der Seite entschieden, die ihn zahlt; unter lauter Gesichtspunkten, von denen sie behaupten, genau ermittelt zu haben, was dem Einzelnen zusteht. In dieser Form taucht das auf, was als Korrekturbedarf der Lohnabhängigkeit dauernd besteht.

Wenn hier von Korrekturbedarf geredet wird, kann man nur sagen: egal, ob einer in der Lohnhierarchie oben oder unten ist, überall entdeckt die Gewerkschaft Korrekturbedarf. Was die Unternehmer alles treiben, ist hier nicht Thema.

— Es geht um den Kampfgegenstand der Gewerkschaft: gerechter Lohn. Der Artikel sät erste Zweifel in den Gegenstand dieses Kampfes. Es gibt in den verschiedenen Branchen verschiedenste Löhne und innerhalb einer Branche gibt es wieder die verschiedensten Hierarchien von Löhnen. Diese Einteilungen nimmt die Gewerkschaft zum selbstverständlichen Ausgangspunkt. Daran ist die Kritik: Die Gewerkschaft geht davon aus, dass die zwei Seiten zusammen passen. Sie nimmt es als vernünftig und selbstverständlich, dass die erbrachte Leistung zu einem entsprechenden Lohn passt.

— Im Unterschied zu einem vorgestellten Vergleich dessen, was Kommunisten von einer Gewerkschaft erwarten würden und dem, was die macht, geht der Artikel los mit dem Hinweis, den die Gewerkschaft selbst macht, dass das gute Leben unter diesen Verhältnissen gar nicht gesichert ist, weil das davon abhängt, wie viel Lohn man bekommt. Jetzt lässt sich die Gewerkschaft ein auf ein unterstelltes gerechtes Entsprechungsverhältnis von Lohn und Leistung, auf der Grundlage davon, wie die Gegenseite die Lohnhöhe bestimmt; sie lässt sich auf deren Kriterien der Zumessung – Leistungsgerechtigkeit – ein. Das ist erstmal festgehalten.

Aber sie lässt sich damit auf nichts ein: Lohngerechtigkeit ist eine gewerkschaftseigene Vorstellung. Mit dieser Vorstellung blickt sie in die Welt und sieht eine vielfältige Tariflandschaft und Korrekturbedarf im Sinne ihrer Gerechtigkeitsvorstellung. Die Vielfalt der Löhne ist nicht das, was korrigiert werden soll, sondern die sollen der Leistung (eben den verschiedenen Leistungen) entsprechen. Wenn man sich jetzt diese verschiedenen, den Lohn rechtfertigenden Leistungen anschaut, kommt man einen Schritt weiter, was man da für ein Verhältnis vor sich hat.

Für die Gewerkschaft ist selbstverständlich, dass ein 'gutes Leben' für einen, der sich bei Amazon den Rücken krümmt, anders aussieht als bei einem, der VWs zusammenschraubt (vgl. erstes Kapitel). Als nächste Seite dieses Passungsverhältnisses kommt: Womit verdienen sie es?

Wodurch die eine Lohnhöhe im Unterschied zur anderen gerechtfertigt ist, dieses passende Verhältnis, ist ein anderer Maßstab, der von der Gewerkschaft aufgemacht wird. Die stellen sich zum Lohn, als: der will verdient sein; Lohn gibt es nur gegen Leistung. Daran knüpft sie an: Angesichts der Leistung, die unsere Mitglieder erbringen, ist eine Korrektur des Lohns überfällig. Für die einen so und die anderen so. Ein gerechter Lohn ist die Bezahlung für eine Gegenleistung, die unterschiedlich auszufallen scheint und unterschiedliche Lohnhöhen rechtfertigt.

Was hält der Artikel fest als die Gemeinsamkeit?

— Die Gewerkschaft argumentiert mit der Leistung: bei der Kindergärtnerin ist es deren Wert für die Gemeinschaft, dass sie die Kinder anständig erziehen muss, lange arbeiten muss, Überstunden schiebt, Opfer bringt und bisher auf Lohn verzichtet hat. Der Maßstab ist die Dienstbarkeit für die Gemeinschaft. Es wird permanent das Opfereisein der Arbeitnehmer der jeweiligen Lohn-Gruppe gelobt, das Argument dafür, dass die endlich mal mehr verdienen, ist hier weil sie sich für die Gemeinschaft so einsetzen.

Das ist das Verhältnis, bei dem auf der einen Seite das Opfer der Arbeitsmannschaft steht und auf der anderen der Nutzen des jeweiligen Arbeitgebers. Das ist der Inhalt von Dienstbarkeit. Anders gesagt. Das ist das Passungsverhältnis oder der gerechte Lohn, dass der Lohn das Verdienst dafür ist, dass man für die Gegenseite eine nützliche Leistung erbracht hat, die deren Interesse befördert. Den Lohn gibt es nicht umsonst, sondern der ist der Lohn dafür, dass man der Gegenseite dienstbar gewesen ist. Und zwar durch die Opfer, die man dafür erbringt. So redet die Gewerkschaft selbst über das, was sie lobt; das ist ihr Kampf für gute, gerecht entlohnte Arbeit. Was das heißt, bemisst sich sowieso nicht an dem, was einer braucht, sondern da lässt sie sich einleuchten, das sieht bei dem einen so, dem andern anders aus. Die Voraussetzung für die Lohnzahlung ist der Nutzen für die Gegenseite, dann muss aber auch der Nutzen da sein, wenn man den Lohn haben will.

— Gesagt wurde, der Nutzen für die Arbeitgeberseite liegt in den Opfern. Wenn sie aber verlangen, in der boomenden Autobranche sind mehr Prozent drin, weil z.B. BMW auch entsprechend Gewinne erwirtschaftet, dann passt das Argument mit dem Opfer nicht. Nutzen der Gegenseite = Opfer bringe ich da nicht zusammen.

Auch da ist die Arbeit anstrengend. Das Argument ist: Man entnimmt dem, womit die Gewerkschaft für eine bessere Entlohnung argumentiert, dass das, was der Mensch tagtäglich in seiner Arbeit treibt, etwas ist, dass der sich abverlangen muss ...

— Diese blöden Bilder vom Schluck aus der Pulle, sind immer das Gegenstück zum guten Verdienst. Erstens die Mühsal, die man sich abverlangt und zweitens die Lohnzurückhaltung der letzten Zeit. Und wenn eine Branche boomt, dient das als Extraargument.

Die Gewerkschaft argumentiert mit der anderen Seite für den Lohn. Dass die Beschäftigten mit ihrer Arbeit einen Nutzen für die andere Seite hervorgebracht haben und gemessen daran eine Lohnerhöhung verdienen. In der Autobranche hat die Gewerkschaft sich auf die Kurzarbeit in der Krise eingelassen, jede Rationalisierungsrunde mitgemacht und betreut. Das ist erstens objektiv so und zweitens macht da die Gewerkschaft gar keinen Hehl daraus. Alle Kompromisse, die sie in Sachen Kern- oder Leiharbeiterschaften schließen, tragen zum Erfolg der Metallbranche bei. Dass sie die Mühsal und Opfer ihrer Klientel ins Spiel bringt, das gilt da nicht weniger.

— *Ist nicht das Argument: der Lohn ist ein Äquivalent für eine Leistung, für sich ein eigener Kritikpunkt? Noch bevor man aufzeigt – wie es später aufgelöst wird –: Leistung ist der Nutzen für die andere Seite, die man durch die eigenen Opfer erbracht hat. Ob man bei diesen verschiedensten Löhnen von manchen leben kann, ist sehr die Frage, das spricht die Gewerkschaft nicht an. Muss man da nicht noch dazu sagen, diese Erfindung, die sie setzt, dass der Lohn ein passendes Verhältnis ist zur Leistung, gibt es doch nicht? Dieses Argument wird nicht explizit im Artikel gebracht.*

Weil es hier gar nicht darum geht, es nach der Seite hin zu nehmen: inwieweit stimmt dieses Passungsverhältnis, ist das ideologisch, gelogen? Sondern der Witz ist, der Lohn muss sich rechtfertigen durch eine Leistung. Lohn gibt es nur, wenn man ordentlich ranklotzt, wenn man besondere Verdienste erwirbt, Verantwortung übernimmt, Lohnverzicht übt oder Überstunden schiebt. Der Lohn verdient sich dadurch, dass Opfer gebracht werden. Die andere Seite davon ist, der Lohn wird dadurch verdient, dass man nützlich ist für die andere Seite. Die hat nämlich was von den gebrachten Opfern. Und das von dem Ausgangspunkt her, dass der Kampf um verbesserte Löhne oder verbesserte Ausgangsbedingungen deswegen notwendig ist, weil die Gegenseite das Lohn-Leistungs-Verhältnis immer verschlechtert.

— *Da ist nicht die Banalität gemeint, dass man irgendwas für den Lohn tun muss, sondern hier ist die Verknüpfung: bei Leistung ist sich die Gewerkschaft so sicher, dass ein Profit, ein Nutzen, ein Vorteil für die Gegenseite auf jeden Fall drin sein muss. Das muss garantiert sein und das ist im dem Sinne das gerechte Verhältnis von Lohn und Leistung. Und nur weil die Gegenseite das ganze Jahr auf Basis eines ausgehandelten Tarifvertrages an diesem Verhältnis immer zu ihren Gunsten schraubt, gibt es Nachbesserungsbedarf ...*

— *Der Ausgangspunkt im Artikel ist diese Einsicht: wenn man vom Lohn leben will, muss man alle Jahre o. ä. im Prinzip dafür kämpfen, damit man überhaupt vom Lohn leben kann. Dann schaut man sich an, wie führt die Gewerkschaft diesen Tarif- und Lohn-Kampf. Das erste Argument war, es ist schon merkwürdig, es ist überhaupt nicht das Argument für ein gutes Leben, dass die Leute mit ihrem Lebensstandard gut über die Runden kommen, sondern sie bezieht sich auf eine Hierarchie von ausgemachten Löhnen in der Tariflandschaft, knüpft daran an und schaut, wie sie in diesem Verhältnis das Regelwerk so drehen kann, dass es für alle prozentual etwas besser ausschaut. Da bestätigt sie erstmal, dass zu irgendeiner Leistung ein irgendwie geartetes Entgelt schon das passende Verhältnis wäre. Das ist das affirmative Moment: Die unteren Lohngruppen werden schon nicht mehr verdient haben, weil sie nur eine niedrige Leistung erbringen.*

Der Artikel bleibt dabei: die Gewerkschaft sagt einerseits, uns braucht es für ein gutes Leben, aber andererseits gibt es das dann auch. Worin besteht es? Da ist sie selbst sehr geständig: erstens, worin sich das 'gute Leben' nicht bemisst, zweitens woran es sich bemisst und was es notwendig und selbstverständlich einschließt. Ein gutes Leben, gute Arbeit ist aus gewerkschaftlicher Sicht gerade nicht das Ende einer Arbeit, die einen verschleißt und Opfer abverlangt. Umgekehrt ist es das, dass die andere Seite was davon hat. Und dann kommt die Gewerkschaft und sagt, dann haben wir aber auch was verdient, was dazu auch passt. Die Linie der Kritik im Artikel ist die Gewerkschaft selbst zu überführen.

Dem, wie die Gewerkschaft ihre Tarifforderungen begründet, kann man entnehmen, dass das Arbeitsverhältnis ein Dienstverhältnis ist, bei dem auf der einen Seite die Leistung der Lohnabhängigen die Qualität von Opfer hat, und auf der anderen Seite diejenigen, die diese Leistungen einkassieren, darin ihren Nutzen haben. Um höhere Löhne zu rechtfertigen, argumentiert die Gewerkschaft damit, dass der Nutzen, der auf der anderen Seite zu beziffern ist, ihre Forderungen als realistisch finanzierbar gelten lassen muss. Das Kriterium, woran sich die Höhe dessen, was man an Forderungen aufstellen kann, bemessen lassen muss, ist, dass die andere Seite einen Nutzen von der Arbeit haben muss; sonst zählt die Leistung nichts. Bei dem Wert der erbrachten Opfer, stellt die Gewerkschaft in Rechnung, was die andere Seite davon hat.

Der Verweis auf große Gewinne eines Unternehmens ist dann der Berechtigungsausweis für die Lohnforderung. Wenn sie Gewinne machen ist es nur *gerecht*, wenn die Arbeiter, die diese Gewinne (mit-)schaffen, daran beteiligt werden. Und es ist in diesem Sinne *finanzierbar*. Im Artikel (S. 7) werden alle möglichen Gesichtspunkte dieser Art vorstellig gemacht: Man mutet der anderen Seite nichts Ungebührliches zu; beachtet, dass deren Nutzen nicht gefährdet ist, auch beim Inflationsausgleich etc. Das ist die Sorte Fairness, die die Gewerkschaft sich selbst abverlangt. Von der anderen Seite bekommt sie dann in Tarifverhandlungen mit umgekehrten Vorzeichen

vorgerechnet, dass eben das, was die Gewerkschaft verlangt, unter Berücksichtigung der Kriterien, die sie selbst akzeptiert, nicht drin ist.

*

Dann ist das, was die Gewerkschaft einmal als gerechten Lohn vorgerechnet und beziffert hat, der Gegenstand des Streits, die Verhandlungsmasse. Da ist die Bestimmung schon gleich wieder weg.

— *Eine Forderung als 'Verhandlungsmasse' einzubringen, ist doch eine generelle und prinzipielle Relativierung dessen, was die Gewerkschaft fordert, im Zusammenhang zu dem, was die Leute brauchen. Da ist alles, was sie fordert, von vorne herein nicht eine bestimmte (feststehende) Forderung, sondern nur eine in Verhandlungen zur Disposition stehende; nicht das setzen wir durch, sondern darüber müssen wir reden, ob es finanzierbar, fair etc. ist. Mit der Kategorie Verhandlungsmasse ist diese Position asymmetrisch, da die andere Seite bestimmt, ob es überhaupt Arbeitsplätze gibt. Die auf Arbeitsplätze angewiesene Seite kommt dann mit ihren Forderungen von vorne herein in der Form von: darüber muss geredet werden.*

Das Argument ist hier aber nicht: die bestimmen, ob es Arbeitsplätze gibt, sondern hier war der Ausgangspunkt, dass die Gewerkschaft Forderungen erhebt und die begründet: die sind 1. gerechtfertigt und 2. vereinbar mit der Gegenseite: die können sich das leisten, haben Gewinne gemacht. Dann ist es gerecht, dass die Arbeiter beteiligt werden. Von dem Punkt aus ist der Fortgang zur Arbeitgeberseite, die erfreut zur Kenntnis nimmt, wie viel Verständnis für die Kalkulationen der Arbeitgeber darin enthalten ist: Auf alle Fälle darf der Gewinn nicht über Gebühr strapaziert werden. Konsequenterweise halten sie also die Kriterien, die die Gewerkschaft selbst in ihre Forderungen aufgenommen hat, ihr wieder vor. Darüber wird der gewerkschaftliche Ausgangspunkt zum Gegenstand der Feilscherei, zur 'Verhandlungsmasse': Wie weit darf die Gewerkschaft an ihren Forderungen festhalten, wie viel dürfen sie zurückweisen.

— *Aber die Arbeitgeber benutzen schon dieses Argument: „Um auch in Zukunft Arbeitsplätze zur Verfügung stellen zu können, muss sich der Aufwand dafür in Grenzen halten.“ (S. 5) Das ist eine generelle Aussage über das Kräfteverhältnis zwischen der Gewerkschaft und der Gegenseite.*

— *Es ist das Erpressungsargument der Unternehmer – 'Damit wir die Arbeitsplätze zur Verfügung stellen können, dürfen die Kosten nicht zu hoch werden.' –, um die Forderung zu drücken. Die Gewerkschaften selbst aber wägen die Argumente der Unternehmer ab, setzen sie ins Verhältnis zu den niedrigsten Lohngruppen: so viel gestehen wir euch zu, aber so viel soziale Komponente muss auch drin sein für die, die am schlechtesten dran sind. Auf der Grundlage wird gefeilscht. Indem sie sich eben so auf die Argumente der Unternehmer einlässt. Das ist der Inhalt der Masse, die verhandelt wird, die sozialen Nöte versus wie viel Profit gestehen wir euch in diesem Jahr zu.*

Diese Zahl, auf die sie sich dann einigen, diese 3 % o.Ä., bedeutet für beide Seiten ja etwas ganz Verschiedenes.

— So ein Verhandlungsergebnis als das richtige Maß zwischen zwei (gegensätzlichen) Seiten, ist absurd. In der Lohnhöhe werden zwei inkommensurable Größen in ein genau richtiges Verhältnis gesetzt, das sowohl den sozialen Nöten gerecht wird als auch der Finanzierbarkeit.

Im Ergebnis sagt die Gewerkschaft, mehr war nicht drin. Weil die Arbeitgeberseite immer sagt, damit können wir unser Geschäft machen.

*

Manchmal gibt es auch keine Einigung. Sondern sie muss erkämpft werden? Das ist ja wohl ein Widerspruch.

— *Beim Gegensatz Finanzierbarkeit und Verdienst legt die Gewerkschaft das, was sie fordern will, in das Interesse der Gegenseite. Das ist die ganze Kunst von Finanzierbarkeit, Fairness und dem, dass die Lohnarbeiter das auch verdient haben. Die Gewerkschaft behauptet, dass das, was sie fordert, im Interesse der anderen Seite sei. Dabei rennt sie in die Falle, weil die andere Seite sie an dem packt und sagt, dass die Forderungen diese Punkte nicht ausreichend berücksichtigen würden. Diese Argumente kann die Gewerkschaft nicht wirklich widerlegen, weil sie selber von denen her denkt. Und dass die Gewerkschaft nun dafür streiken muss, ist für sie heikel. Denn dies zeigt, dass die Art und Weise, wie die Gewerkschaft an diesen Gegensatz herangeht, irgendwie nicht stimmen kann.*

Das drückt etwas übertrieben aus, dass die Gewerkschaft auf dem Standpunkt der Vereinbarkeit der Interessen steht.

— *In dem Punkt wird aufgelöst, wieso einerseits für die Gewerkschaft Streiks notwendig sind und dies trotzdem ihr Vorhaben der Vereinbarkeit z.B. mit dem Allgemeinwohl nicht widerlegt: Geldgierige Arbeitgeber wollen statt 'unser aller Wachstum' nur ihren Profit.*

Dabei handelt es sich um ein aufschlussreiches Differenzierungsvermögen, dass sie sich Wachstum ohne Profitgier denken können. Denn, was wächst denn, wenn Wachstum zu verzeichnen ist!? Ein Streik, der um Vereinbarkeit geführt wird, sieht dann entsprechend aus.

Vom Ausgangspunkt her, der Vereinbarkeit der Interessen von Lohnarbeit und Kapital, sieht sich die

Gewerkschaft immer wieder einmal vor die Frage gestellt, inwieweit sie sich auf das einlässt, was ihr die Gegenseite aufmacht, oder aber ob sie mehr Zugeständnisse erzwingt. Dieses Erzwingen ist der Sache nach ein Dementi der Vereinbarkeit, denn im letzteren Fall müsste man keine Streiks führen. Wenn die Gewerkschaft dann einerseits einen Streik praktisch ins Werk setzt, bespricht sie dies andererseits in einer Weise, bei der der Gegensatz glatt geleugnet wird: Der Streik sei notwendig, weil die andere Seite ihrerseits gar nicht dieses ehrenwerte Wachstumsziel verfolgt, sondern von Profitgier getrieben ist und deshalb zum vernünftigen Wachstum gezwungen werden muss. Damit dementiert die Gewerkschaft, dass sie mit dem Streik einen Gegensatz austragen will. Mit dieser Argumentation sieht sie sich zum Streik legitimiert.

Auch im Verhältnis zu ihrer Klientel ist ein Streik eine zweischneidige Sache.

— *Sie kämpfen um ihren Lohn, müssen aber für die Dauer des Streiks auf ihren Lohn verzichten. Um das durchzusetzen gibt es die Streikkasse, die durch monatliche Beiträge von ihrem Lohn gebildet wird. Agitiert werden die Lohnarbeiter damit, dass es sich dabei um eine solidarische Aktion innerhalb der Arbeiterschaft handele.*

Also erstens trifft die Gewerkschaft materielle Vorsorge dafür, dass der Streik aushaltbar ist, die Streikkasse. Zweitens agitiert sie für ihren Streik mit ihren Forderungen. Und drittens appelliert sie an die Moral ihrer Mitglieder. Sie überführen die Angelegenheit in eine Frage, dass sich dies nicht allein daran bemessen darf, was man sich selber von dem Streik verspricht, sondern dass es auch eine solidarische Leistung für die anderen ist; dass man also gemeinsam für etwas kämpft, das allen zugutekommt. So argumentieren sie auch moralisch. Dies hat auch den Widerspruch in sich, dass man vorübergehend das Konkurrieren lässt, aber mit Streikende ganz sicher wieder als Einzelkämpfer unterwegs ist.

Schon im Ausgangspunkt ist der Streik eine sehr dosierte Angelegenheit, wenn dieser auf die Vereinbarkeit mit der Gegenseite zielt. Damit ist auch sein Nutzen relativ fraglich.

— *Im Zusammenhang mit diesem Einzelkämpfertum gibt es etwas Komisches: Die Lohnarbeiter geben das Konkurrenz-Verhältnis, in dem sie gegeneinander stehen, zeitweilig auf, um es genauso hinterher wieder aufzunehmen.*

Das ist nicht komisch, sondern der Witz am Streik: Dass die Lohnarbeiter, die sonst in Konkurrenz zueinander stehen, im Streik gemeinschaftlich gegen die andere Seite antreten. Der Sache nach gibt es dafür ein gutes Argument und einen guten Grund: Das ist die Macht, die man damit ausübt. Aber dieses gute Argument, verwandelt die Gewerkschaft in eine moralische Frage. Sie argumentiert gar nicht mit der Macht, die die Lohnarbeiter mit diesem Erpressungshebel in der Hand haben, sondern damit, dass es sich gehört, solidarisch zu sein. Das ist die Folge davon, dass sie den Gegensatz, der in der Streikmaßnahme unmittelbar deutlich wird, relativiert und sagt, dass ihnen der Streik nur aufgezwungen ist, denn die Sache wäre eigentlich vereinbar.

— *Der Übergang zum Anmahnen der Solidarität kommt daher, dass die Streikziele, die Streikergebnisse nicht ohne Weiteres den Kampf rechtfertigen. Wäre es anders, müsste nicht die Tugend der Solidarität angemahnt werden.*

Die Gewerkschaft tritt von der Vereinbarkeit her bescheiden auf, weil es finanzierbar und fair sein soll. Das schließt ein, dass die Unterschiede im Lohn durch den Streik gar nicht nivelliert werden sollen. Diese Perspektive richtet die Gewerkschaft an eine Mannschaft, der es selbstverständlich ist, dass erst einmal jeder für sich versucht, über die Runden zu kommen. Das ergibt diese Mischung aus dem, dass sie sowohl die materiellen Voraussetzungen für einen Streik organisiert als auch für den Standpunkt agitiert, dass die Mitglieder gar nicht nur aus materiellem Interesse für den Streik sein sollen, sondern aus dem höheren Gesichtspunkt der Solidarität.

Es ist schon eigentümlich, dass die Gewerkschaft an ihre Mitglieder hinredet, dass Streik etwas ist, was die Gewerkschaft für nötig befindet, und dann das Mobilisieren anfängt und diese Sorte Argumente braucht. Dabei ist das Streikziel eine Kalkulation darauf, dass es die Mitglieder einerseits motivieren kann, andererseits aber nicht völlig unrealistisch sein darf.

— *Diese kollektive Sache soll ja auch nicht alles durcheinanderbringen. Es ist eine kurzfristige Angelegenheit und alles soll beim Alten bleiben – dies in Bezug auf „Merkels Land“ (vgl. Artikel-Folge im GS). Die Aufkündigung des Dienstbarkeitsverhältnisses ist nicht vorgesehen.*

Nun ist aber der Streik die Aufkündigung des Dienstbarkeitsverhältnisses, der betätigte Widerspruch – für eine Weile. Und insofern ist das auch keine besondere Weise der Gewerkschaft in Deutschland, dass sie den Streik führt, damit hinterher wieder alles beim Alten ist.

— *Die Besonderheit im 'Merkel-Land' liegt im Inhalt: der Vereinbarkeit der Interessen von Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Deshalb ist es auch kein Wunder – siehe Fortführung des Artikels –, dass die Sparten-Gewerkschaften vom DGB als (fast die einzigen) Feinde betrachtet werden, weil die Gefahr aufgemacht wird, dass sie durch zu hohe Lohnforderungen die Gegenseite schädigen und damit die Vereinbarkeit der DGB-Ziele unterlaufen. Sie würden sich damit außerhalb des gebotenen Anstands stellen.*

Beim Streik der Lokführer hieß es, sie würden das ganze Unternehmen und alle Vorortpendler 'für die Profilierungssucht ihres Vorsitzenden in Geiselhaft nehmen'. Und außerdem würden sie den ganzen 'Kuchen' gefährden, von dem sie sich ein großes 'Stück abschneiden' wollen. Sie verlassen damit die Grundlage eines vernünftigen gewerkschaftlichen Kampfes im Einigungswillen mit der anderen Seite als Basis des Tarifwesens und schädigen damit das Ansehen der Gewerkschaft in der Gesellschaft.

Noch einmal: Der ganze Einigungswille der Gewerkschaft erspart ihr nicht die Austragung des Gegensatzes. Das hat für sie eine leicht abzuwickelnde moralische Seite: Sie unterscheidet gekonnt zwischen der Profitgier, gegen die sie vorgeht, und dem vernünftigen Wachstum, das sie nicht kaputt machen will. Praktisch hat das einige Schwierigkeiten, wenn man sich für diesen Zweck des Streiks bedient. Diese Schwierigkeit besteht in Richtung der eigenen Klientel, mit der und für die gestreikt werden soll, sie überhaupt dazu zu bewegen.

Die Gewerkschaft will ihre Mitglieder gar nicht in ihrem Einzelkämpferdasein kritisieren, sondern agitiert sie nur, dieses für eine Weile aufzugeben. Dieses proletarische Sich-Durchschlagen müsse *ergänzt* werden um die Solidarität, mit der man die Vereinbarkeit erzwingen kann. Die sei nur kollektiv zu erreichen. Die Gewerkschaft kennt ihre Leute und weiß, was sie an denen nicht ändern will. Wenn die Gewerkschaft jemanden zum Streik aufruft, ist es der Sache nach genau diese heikle Angelegenheit: Sie fordert denjenigen auf, das, worauf er angewiesen ist, seinen Lohn, bis auf Weiteres zur Disposition zu stellen und seine Dienstbarkeit aufzukündigen; mit der Perspektive, dass gar nicht klar ist, was dabei herauskommt. Sicher ist, egal wie der Streik ausgeht, dass er am Ende wieder in die Arbeit muss. Dass die Gewerkschaft für die Notwendigkeit dieser heiklen Angelegenheit keine sachlichen, guten Gründe anführt, sondern moralisch wird, ist die Art und Weise, wie die Gewerkschaft damit verfährt.